

Zeitschrift: Berner Schulblatt
Herausgeber: Bernischer Lehrerverein
Band: 88 (1955-1956)
Heft: 45

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Berner Schulblatt

L'ECOLE BERNOISE

KORRESPONDENZBLATT
DES BERNISCHEN LEHRERVEREINS
ERSCHEINT JEDEN SAMSTAG



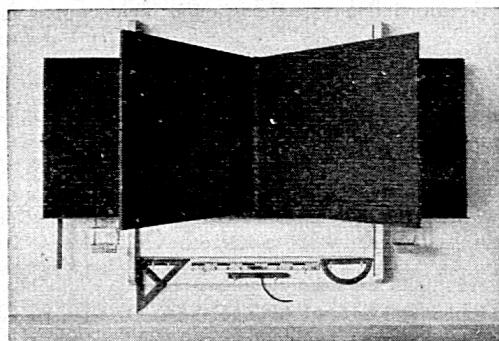
ORGANE DE LA SOCIETE
DES INSTITUTEURS BERNOIS
PARAIT CHAQUE SAMEDI

SEKRETARIAT DES BERNISCHEN LEHRERVEREINS: BERN, BAHNHOFPLATZ 1, 5. STOCK
SECRETARIAT DE LA SOCIETE DES INSTITUTEURS BERNOIS: BERNE, PLACE DE LA GARE 1, 5^e ETAGE
TELEPHON 031 - 2 34 16 . POSTCHECK III 107 BERN

Preiswerte Einrahmungen

in gediegener Ausführung • Reproduktionen
und Ölgemälde

R. Oester Kunsthändlung, Bern
Bundesgasse 18
Telephon 3 01 92



Wandtafeln
Schultische

vorteilhaft
und
fachgemäß
von der
Spezialfabrik

Hunziker Söhne, Thalwil

Schweizerische Spezialfabrik für
Schulmöbel. Gegründet 1880.
Telephon 051 - 92 09 13

Leitz

Mikroskope

in altbewährter Qualität, vom Schultativ bis zur höchsten Stufe; dazu viele Nebenapparate, Arbeitsmaterial und Präparate. Wenden Sie sich für Beratung in allen einschlägigen Fragen an



Optiker BÜCHI, Bern, Spitalgasse 18

Schwaller
MÖBEL Möbelfabrik Worb
E. Schwaller AG. Tel. 67 23 56

Vom kleinen Einzelmöbel bis zur wohl-durchdachten Inneneinrichtung werden alle Möbel in unsren eigenen Werkstätten hergestellt. Keine Serienfabrikate. Eigene Polster- und Tapeziererwerkstätten.

VEREINSANZEIGEN . CONVOCATIONS

Einsendungen für die Vereinsanzeigen der nächsten Nummer müssen spätestens bis *Mittwoch 12.00 Uhr* (schriftlich) in der Buchdruckerei Eicher & Co., Speichergasse 33, Bern, sein. Dieselbe Veranstaltung darf nur einmal angezeigt werden.

OFFIZIELLER TEIL – PARTIE OFFICIELLE

Sektion Burgdorf des BLV. Die Einzahlungsscheine für die Stellvertretungskasse wurden den Mitgliedern Mitte Januar zugestellt. Einzahlungen bis zum 3. Februar; nachher bitte Nachnahme abwarten. Für termingemäss Erledigung dankt der Kassier.

Sektion Fraubrunnen des BLV. Die Mitglieder der Primarstufe werden ersucht, mit dem zugestellten Einzahlungsschein bis zum 10. Februar die Beiträge für die Stellvertretungskasse pro Wintersemester 1955/56 zu bezahlen. Diese betragen für Lehrerinnen: Fr. 15.–; für Lehrer: Fr. 9.–.

Sektion Nidau des BLV. Unsere Mitglieder werden ersucht bis zum 8. Februar folgende Beiträge auf unser Konto IVa 859 einzuzahlen:

	Primar- lehrerin Fr.	Primar- lehrer Fr.	Haushalt- lehrerin Fr.	Sekundar- lehrer Fr.
Stellvertretungskasse	15.–	9.–	20.–	–.–
Sektionsbeitrag	3.–	3.–	3.–	6.–
Heimatkunde- kommission	2.–	2.–	2.–	2.–
Total	20.–	14.–	25.–	8.–

Sektion Seftigen des BLV. Sektionsversammlung Donnerstag, den 2. Februar, 13.45 Uhr im Gasthof zum Schützen in Belp. I. Geschäftliches. Traktanden: 1. Wahl eines Sektionspräsidenten. 2. Erneuerungswahlen in den Sektionsvorstand. 3. Neuwahl eines Abgeordneten des BLV. 4. Vorschläge für das Tätigkeitsprogramm 1956/57. II. «Frühlingsfahrt auf die Kanarischen Inseln.» Vortrag mit farbigen Lichtbildern von Dr. W. Kuhn, Gymnasiallehrer, Bern. Wir erwarten zahlreichen Besuch.

Der Vorstand

Sektion Thun des BLV. Sektionsversammlung Donnerstag, den 2. Februar, um 14 Uhr, in der Aula des Progymnasiums. I. Vortrag von Herrn H. Studer, Seminarlehrer, Muri, über «Moderne Musik» (mit Darbietungen des Lehrergesangvereins Thun aus dem Oratorium: Das Gesicht Jesajas von Willy Burkhard). II. Geschäftliches: 1. Protokoll. 2. Mutationen. 3. Ergänzungswahlen in den Vorstand und Wahl der Delegierten. 4. Verschiedenes. Wir erwarten vollzähliges Er scheinen.

Der Vorstand

NICHTOFFIZIELLER TEIL - PARTIE NON OFFICIELLE

Evang. Schulverein Sektionen Burgdorf-Fraubrunnen und Oberemmental. Konferenz Mittwoch, den 1. Februar, in der Konditorei Gerber, Langnau. 13 Uhr Hauptversammlung der Sektion Oberemmental. 14.15 Uhr biblische Einleitung. – Vortrag von Herrn Ernst Aeschlimann, Missionslehrer, Affoltern: «Der Christ in der Welt.» Ausschau und Orientierung. Aus sprache. Auch Gäste sind herzlich willkommen. *Die Vorstände*

Beratungsstelle für das Schultheater. Im Hinblick auf die zahlreichen Examen- und Schulschlussaufführungen wird die Beratungsstelle in der Schulwarte bereits heute Samstag, den 28. Januar, eröffnet. Sie steht jedermann unentgeltlich zur Verfügung. Öffnungszeit: 14–16.30 Uhr. Die nächsten Beratungsnachmittage werden laufend an dieser Stelle publiziert.

Bernische Vereinigung für Handarbeit und Schulreform. Jahreshauptversammlung Samstag, den 11. Februar, in Bern (Bürgerhaus, Neuengasse) um 14.15 Uhr. Traktanden: 1. Protokoll, 2. Jahresbericht 1955, 3. Jahresrechnung 1955, 4. Vor standswahlen 1956/57, 5. Arbeitsprogramm 1956, 6. Verschie-

dene. 7. Zirka 15.15 Uhr Filmvorführung mit Vortrag von Robert Hänni: «Auf kleinen Inseln im Mittelmeer» (Elba und Liparen). Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand

Société jurassienne de travail manuel et de réforme scolaire. Assemblée générale annuelle, samedi, le 4 février, à 14 h. 15 à l'Hôtel Terminus (salle du 1^{er} étage), à Delémont. Ordre du jour: 1. Procès-verbal. 2. Rapport du président sur l'activité 1955. 3. Rapport du caissier. 4. Nominations statutaires. 5. Programme d'activité pour 1956. 6. Divers et imprévu. 7. Immédiatement après l'assemblée, M. Ed. Sauvain, instituteur à Biel, présentera le film sonore «Enfants, heureux enfants». hommage à Decroly, par M^{me} Hamaide. Nous comptons sur une nombreuse participation.

Le comité

Lehrergesangverein Burgdorf. Probe Donnerstag, den 2. Februar,punkt 17.10 Uhr, im Singsaal des alten Gymnasiums an der Schmiedengasse in Burgdorf. Neue Sänger herzlich willkommen. Mozart: c-moll-Messe.

Lehrergesangverein Konolfingen. Probe Samstag, den 28. Januar, um 16.15 Uhr, im Sekundarschulhaus Konolfingen. Berner Liederheft I mitbringen.

Lehrergesangverein Oberaargau. Probe Dienstag, 31. Januar, um 17.30 Uhr, im Theater Langenthal. Um 20 Uhr Vortrag über Mozart, mit musikalischen Beiträgen im «Bären».

Lehrergesangverein Thun. Probe Donnerstag, den 2. Februar, um 16.45 Uhr, in der Aula des Seminars.

Verband Bernischer Lehrerturnvereine. Am 18./19. Februar führen wir im Emmental unsere Wintertagung durch. Programm: Samstag 14.15 Uhr Besammlung der Teilnehmer beim Bahnhof Langnau. Sich tummeln im Übungsgelände. Gruppenwettkämpfe für Viererstaffeln. Slalom für Damen. 19 Uhr: Gemeinsames Nachtessen im Hotel Emmental, Langnau. Abschliessend Abendunterhaltung, Tanz. Sonntag: Frühstück im Hotel Emmental. 8 Uhr: Abfahrt per Autocar nach Hirsegg-Sörenberg. Geführte Touren im Schrattenfluggebiet. Kosten: Für Nachtessen, Übernachten, Frühstück und Autocar Fr. 17.50. (bei Massenlager Fr. 13.50.) Versicherung: Der Abschluss einer besonderen Unfallversicherung ist freiwillig. Prämie Fr. 3.–. Interessenten melden sich bei Beginn der Tagung bei L. Bachmann, Kassier BLTV. Anmeldung: Bis 7. Februar melden sich die Teilnehmer(innen) bei den Präsidenten ihrer Sektionen unter Angabe der gewünschten Unterkunftskategorie. Freie Gruppen, sowie die Einzelmitglieder des STLV sind ebenfalls willkommen. Sie melden sich bis 10. Februar direkt bei W. Stäger, Oberfeld, Langnau i. E. Zur Vermeidung unliebsamer Verzögerungen bitte ich euch, die Termine genau einzuhalten. Verschiebung: Bei ungünstigen Schneeverhältnissen wird die Tagung auf den 25./26. Februar verschoben. Auf Anfrage gibt Tel. 11 ab Freitag, 17. Februar, von 13 Uhr an Auskunft.

Lehrerturnverein Burgdorf. Wir turnen wieder regelmässig jeden Montag von 17–19 Uhr in der Turnhalle Sägegasse in Burgdorf. Turn- und spielfreudige Kolleginnen und Kollegen sind stets freundlich willkommen.

Lehrerturnverein Thun. Hauptversammlung Montag, 30. Januar, 17 Uhr, im Restaurant Maulbeerbaum. Kein Turnen.

Lehrerinnen-Turnverein Bern und Umgebung. Wir haben unsere Übungen wieder aufgenommen. Am 3. Februar wird Lux Weiss die nächste Lektion für die Unterstufe halten, zu der auch Nichtmitglieder herzlich eingeladen sind. Zeit und Ort: 17.30–18.30 Uhr, Turnhalle Monbijou.



Freie Besichtigung von 8-22 Uhr

BASTLER-KURSE

für den Flug- und Schiffsmodellbau in modernst eingerichteter Werkstatt unter fachkundiger Anleitung

ALFRED TANNER Technische Spielwaren, Werkstoffe und Zubehör für den Modellbau Wankdorf-Stadion (Ostturm) Telephon 031-81620

Berner Schulblatt

L'ECOLE BERNOISE

Redaktor : P. Fink, Lehrer an den Sonderkursen Oberseminar, Bern, Brückfeldstr. 15. Tel. (031) 3 67 38. *Redaktor der «Schulpraxis»* : Dr. R. Witschi, Seminarlehrer, Bern, Seminarstr. 11. Tel. (031) 4 41 62. *Abonnementspreis per Jahr* : Für Nichtmitglieder Fr. 17.-, halbjährlich Fr. 8.50. *Insertionspreis* : Die fünfgespaltene Millimeterzeile 15 Rp. Die zweigespaltene Reklame-Millimeterzeile 50 Rp. *Annoncen-Regie* : Orell Füssli-Annoncen, Bahnhofplatz 1, Bern. Tel. (031) 2 21 91. Filialen in Zürich, Aarau, Basel, Davos, Langenthal, Liestal, Luzern, St. Gallen, Schaffhausen, Solothurn, Lausanne, Genf, Martigny

Rédaction pour la partie française : Dr René Baumgartner, professeur à l'Ecole normale, chemin des Adelles 22, Delémont. Téléphone (066) 2 17 85. *Prix de l'abonnement par an* : pour les non-sociétaires Fr. 17.-, 6 mois Fr. 8.50. *Annonces* : 15 ct. le millimètre, réclames 50 ct. le millimètre. *Régie des annonces* : Orell Füssli-Annonces, place de la Gare 1, Berne. Téléphone (031) 2 21 91. Succursales à Zurich, Aarau, Bâle, Davos, Langenthal, Liestal, Lucerne, St-Gall, Schaffhouse, Soleure, Lausanne, Genève, Martigny

INHALT · SOMMAIRE

Erfahrungen als Rechtsberater der bernischen Lehrerschaft	703	Verschiedenes	710	Société pédagogique jurassienne	712
Mitarbeit der Frau in den bernischen Gemeinden.....	708	Buchbesprechung	710	A l'étranger	713
Berner Schulwarte	709	Wolfgang-Amédée Mozart: 1756-1791 ..	710	Divers	713
Stellungnahme zum Berner Grand Prix	709	Commission jurassienne des moyens d'enseignement	711	Bibliographie	713
Schulfunksendungen	709	Prise de position au sujet du Grand Prix automobile de Berne	712	Mitteilungen des Sekretariates	714
				Communications du secrétariat	714

Erfahrungen als Rechtsberater der bernischen Lehrerschaft

Aus einem Vortrag des Herrn Fürsprach Dr. Walter Zumstein, Rechtsberater des Bernischen Lehrervereins, gehalten an der Hauptversammlung des Bernischen Mittellehrervereins, am 17. September 1955

Ich habe sehr häufig beobachtet, dass die Ansicht besteht, für jede im Schulwesen auftauchende Rechtsfrage könne eine eindeutige, klare Antwort gegeben werden. Dies ist ein Irrtum. Schon auf dem Gebiete des Privatrechts, das vom Gesetzgeber viel eingehender geregelt ist, als das öffentliche Recht (welchem das Schulwesen angehört), kann häufig ein Tatbestand nicht mit Sicherheit rechtlich erfasst und gedeutet werden. Viel schwieriger ist dies im öffentlichen Recht. Wir haben jetzt freilich ein neues Primarschulgesetz, eine Besoldungsordnung, die den heutigen Verhältnissen etwas besser angepasst ist als die früheren. Ebenso besteht jetzt eine viel bessere Möglichkeit, rechtliche Ansprüche der Lehrerschaft durchzusetzen. Aber trotzdem sind immer noch reichlich viele Lücken vorhanden, wo weder Gesetze noch Verordnungen Auskunft geben.

Dazu kommt ferner, dass noch häufig ein absoluter Glaube, ein blindes Vertrauen besteht, dass streitige Rechtsansprüche von den zuständigen Behörden in allen Fällen nur nach Recht und Gerechtigkeit entschieden würden. Es wird vergessen, dass auch die urteilenden Behörden aus Menschen mit all ihren Schwächen bestehen und ferner, dass es sehr viele Streitfälle gibt, in denen wegen der Lücken in den Gesetzen und Verordnungen der Richter selber eine Lösung finden muss, die sich einigermassen mit den vorhandenen Vorschriften in Einklang und Zusammenhang bringen lässt. Diese eigene *Rechtsfindung* ist aber der Natur der Sache nach etwas sehr *Subjektives*. Die nämliche unklare Rechtsfrage kann ein Richter so und der andere in guten Treuen diametral entgegengesetzt beurteilen.

Ein Anwalt, der während vier Jahrzehnten die Gerichtspraxis aufmerksam verfolgt hat, musste nur zu oft feststellen, wie ein Gericht plötzlich eine von ihm zehn bis zwanzig Jahre lang verfolgte Rechtssprechung als *irrtümlich* bezeichnete und abänderte. Es geschah dies besonders häufig beim Richterwechsel, gerade beim Bundesgericht. Natürlich kommt das Wort «Irrtum» in der Gerichtssprache nicht vor. Es heißt gewöhnlich: «Eine erneute Prüfung der Rechtslage führt das Gericht zum Schluss, dass die bisherige Praxis nicht mehr aufrecht erhalten werden kann. Dies aus folgenden Gründen.» Und dann kommt eine Begründung, die vielleicht in früheren Entscheiden als völlig abwegig bezeichnet worden war.

Gerade unter der Lehrerschaft habe ich stets eine besondere Ehrfurcht vor dem Bundesgericht konstatiert; das Bundesgericht erscheint sehr vielen Lehrern als der letzte und stärkste Halt des wahren Rechtes. Tatsache bleibt jedoch, dass man vor Bundesgericht seiner Sache nie sicher sein kann. Dies gilt vor allem bei den *staatsrechtlichen Beschwerden* wegen Verletzung von Art. 4 BV, also wegen Rechtsverweigerung und Willkür. Und gerade dieses *Rechtsmittel* ist oft das einzige in Streitigkeiten aus dem Rechtsgebiet des Schulwesens. Wie oft habe ich schon Lehrer enttäuschen müssen, wenn ich ihnen keine Hoffnung machen konnte, etwa einen Entscheid der Erziehungsdirektion oder des Regierungsrates in Lausanne anzufechten. Von 100 *staatsrechtlichen Beschwerden* werden in der Regel zwischen 90–95 abgewiesen.

Eine sichere Rechtsgrundlage und eine ebenfalls sichere, gleichbleibende Anwendung der Gesetze durch die Gerichte darf also nicht immer erwartet werden. Es ist eine der betrüblichsten Erfahrungen des Rechtsberaters des BLV, dass er in vielen Fällen nicht mit mehr Bestimmtheit sagen kann oder darf, was Rechtes sei.

Nach diesen pessimistischen Feststellungen möchte ich doch auch auf etwas für den Lehrerstand Erfreulich-

ches und sehr Wichtiges hinweisen: Bis vor kurzem war die Verfolgung von Rechtsansprüchen aus dem Anstellungsverhältnis der bernischen Lehrer wie die Geltendmachung von Ansprüchen gegenüber der Lehrerversicherungskasse sehr erschwert. In beiden Fällen war nur eine Beschwerde oder Klage beim Regierungsstatthalter möglich, mit Weiterziehung seines Entscheides an den Regierungsrat, wobei dann noch die sehr problematische staatsrechtliche Beschwerde übrig blieb. Seit Jahrzehnten habe ich immer und immer wieder auf diesen Missstand hingewiesen. Nunmehr kann der Lehrerverein – und ich mit ihm – die Genugtuung haben, dass doch eine Besserung eingetreten ist.

Ansprüche gegenüber der Lehrerversicherungskasse können jetzt nach § 5 des Dekretes über die versicherten Besoldungen der Lehrerschaft vom 18. November 1952 dem Versicherungsgericht zur Beurteilung unterbreitet werden, und die Besoldungsansprüche sind jetzt nach Art. 47 des Gesetzes über das Dienstverhältnis der Behördemitglieder und des Personals der bernischen Staatsverwaltung von 1954 vor Verwaltungsgericht geltend zu machen. Die entsprechende Bestimmung lautet allerdings nur: «Dieses Verfahren (nämlich die Klage vor Verwaltungsgericht) gilt entsprechend für Streitigkeiten aus dem Dienstverhältnis der Gemeindebeamten.» Da nun aber die Lehrer, speziell auch die Mittellehrer, als Gemeindebeamte zu betrachten sind, ist jetzt die Anrufung des Verwaltungsgerichtes möglich. Hier weiss man wenigstens, dass nicht von vorneherein Beklagter und Richter zusammenfallen, wie es bei Streitigkeiten vor Regierungsstatthalter und Regierungsrat zum Teil der Fall war; man denke an die Besoldungsbeiträge des Staates an die Mittellehrerschaft.

Es braucht jetzt nicht mehr vorzukommen, dass man einem Lehrer, der einen an sich gut begründeten Rechtsanspruch gegenüber der Gemeinde (bzw. Gemeinde und Staat) besass, sagen muss, er werde trotz allem kaum zu seinem Recht gelangen, und wenn dies der Fall sei, nur nach einem äusserst umständlichen und langwierigen Verfahren.

Nach wie vor kann aber ein Urteil des Versicherungsgerichtes oder des Verwaltungsgerichtes nicht etwa auf dem Wege der Berufung, mit völlig freier, rechtlicher Überprüfung, an das Bundesgericht weitergezogen werden; auch die Entscheide von Versicherungsgericht und Verwaltungsgericht könnten nur mit staatsrechtlicher Beschwerde angefochten werden. Es ist mir bekannt, dass letztthin das Verwaltungsgericht in einem ersten derartigen Rechtsstreit den klagenden Lehrer abgewiesen hat und dass das Bundesgericht eine gegen dieses Urteil gerichtete Beschwerde abwies; dies, trotzdem der Lehrer nach meiner Auffassung, zum mindesten moralisch, durchaus im Recht war. Das Bundesgericht hat laut Zeitungsmeldungen dies übrigens selber zum Ausdruck gebracht.

Ich möchte Ihnen nun nach diesen Ausführungen mehr allgemeiner Natur einige Rechtsfragen von besonderer praktischer Bedeutung schildern, die man mit einiger Sicherheit beantworten darf.

Dabei will ich zuerst Rechtsfragen aus der formellen Anstellung der Mittellehrer behandeln und sodann aus der Ausübung ihres Amtes.

Das Anstellungsverhältnis eines Sekundar-, Progymnasial- oder Gymnasiallehrers untersteht – wie schon erwähnt – nach heute geltender Auffassung dem öffentlichen Recht. Diese Lehrkräfte sind Gemeindebeamte. Daraus folgt: Die Vorschriften des Obligationenrechtes über den Dienstvertrag finden auf das Anstellungsverhältnis der Lehrer keine Anwendung, auch nicht als ergänzendes, subsidiäres Recht. Für die Mittellehrer gelten das Gesetz über die Organisation des Schulwesens von 1856, das Gesetz über die Sekundarschulen vom gleichen Jahr, sowie das Gesetz über die Aufhebung der Kantonsschule in Bern von 1877; es handelt sich also um zwei Erlasse, die sich jetzt in ihrem hundertsten Lebensjahr befinden.

Von grösster Bedeutung ist für die Mittellehrerschaft das Reglement für die Sekundarschulen des Kantons Bern vom 21. Dezember 1928, welches nach seinen Schlussbestimmungen sinngemäss auch für die Progymnasien und Gymnasien gelten soll. Vergleicht man dieses Reglement mit dem Gesetz über die Sekundarschulen, so findet man viele Vorschriften, welche über den Gesetzestext hinausgehen und zum Teil Verpflichtungen der Lehrerschaft aufstellen, die im Gesetze selber nicht enthalten sind. Das neue Gesetz über die Mittelschulen wird nun eine klarere Rechtslage schaffen.

Nun einige Spezialfragen aus der Praxis: Es war zu untersuchen, ob die Erziehungsdirektion berechtigt sei, einem Inhaber eines ausländischen Lehrpatentes ein besonderes Wahlfähigkeitszeugnis für eine Sekundarschule oder ein Progymnasium auszustellen, ohne dass der Betreffende eine Nachprüfung zu bestehen hatte. Es ergab sich hier, dass das Prüfungsreglement über den Wortlaut des Sekundarschulgesetzes hinausgeht, indem es *strenger* ist. Aber selbst nach dem lückenhaften Gesetz von 1856 war das klare Resultat, dass die Erziehungsdirektion *kein Recht* besitzt, ausländische Lehrpatente als Ausweise für Sekundarschulstellen anzuerkennen. Anders verhält es sich bei Gymnasiallehrern; hier kann die Kompetenz der Erziehungsdirektion zur Anerkennung ausländischer Patente nicht abgestritten werden. Der Gesetzesentwurf sieht nun für alle Kategorien von Mittellehrern ausdrücklich das bernische Patent vor.

Wahlbehörde der Mittellehrer ist die Schulkommission. Darf eine Schulkommission eine Lehrstelle zweimal hintereinander durch die nämliche Lehrkraft *provisorisch* besetzen? Auch hier sind die geltenden Vorschriften nicht so präzis, dass diese Frage verneint werden könnte; eine rechtliche Anfechtung einer zweiten provisorischen Wahl erscheint zur Zeit ausgeschlossen. Der Entwurf zum Mittelschulgesetz schafft hier ebenfalls eine bessere Ordnung.

Sehr wichtig ist die Bedeutung der *Ausschreibung* einer Lehrstelle. Obwohl das Gesetz von 1856 auch hier sehr unvollständig ist, hat man doch im Laufe der Jahre erkämpft, dass die Ausschreibung *alle* mit der Lehrstelle verbundenen Pflichten enthalten solle. Einem Mittellehrer kann nicht zugemutet werden, weitere oder andere Fächer zu erteilen als in der Ausschreibung genannt waren. Diese Praxis ist für die Primarlehrer jetzt Gesetz und soll es nach dem Entwurf auch für die Mittellehrer werden.

Trotzdem die Rechtslage hier einmal klar ist, kommt es immer wieder vor, dass der Lehrerschaft Sonderauf-

gaben überbunden werden sollen. Gegen solche Versuche kann man sich mit Erfolg zur Wehr setzen.

Eine Streitfrage war auch die *Wohnsitzpflicht* der Lehrer in der Schulgemeinde. Durch einen schon viele Jahre zurückliegenden Entscheid des Regierungsrates ist eindeutig festgelegt worden, dass die Gemeinden berechtigt sind, die Wohnsitznahme in der Schulgemeinde zu verlangen oder als Ersatz gewisse prozentuale Abzüge an der Besoldung vorzunehmen. Dies gilt aber – was ausdrücklich bemerkt werden soll – nicht etwa für die Lehrer an der Ecole cantonale und den Seminarien; hier besteht bloss die Pflicht, im *Kanton Bern* zu wohnen.

Ein wunder Punkt ist die Erschwerung oder gar Verummöglichung der Wahl von Lehrerehepaaren. Es gibt einige Gemeindereglemente, speziell dasjenige von Bern, welche eine solche Wahl ausschliessen. Ich habe stets das Ungesetzmässige solcher Bestimmungen betont, bis jetzt leider nicht mit Erfolg.

Die *Wiederwahl* oder die *Beendigung* des Dienstverhältnisses eines Mittellehrers gibt im Allgemeinen in der Praxis nicht zu Schwierigkeiten Anlass; dies vor allem aus dem Grunde, weil bei der Mittellehrerschaft die Wahlbehörde die Schulkommission ist. Dagegen entstand in einem Fall eine rechtlich sehr unklare Situation, weil die Erziehungsdirektion von einem Mittellehrer während der Amts dauer die Demission verlangt hatte. Dieser Lehrer war in ein Strafverfahren verwickelt gewesen, jedoch freigesprochen worden. Im Verfahren wurde vom Richter ein Expertengutachten eingeholt, das dem Lehrer eine länger andauernde Behandlung durch einen Psychiater empfahl. Die Erziehungsdirektion vertrat nun die Auffassung, dieser Lehrer könne den Unterricht nicht weiter erteilen, und er habe im Interesse der Schule seine Demission einzureichen. Nach der gelten den Gesetzgebung für die Mittellehrer besass die Erziehungsdirektion keine Rechtsgrundlage, um die Entfernung des Lehrers aus seinem Amt zu bewirken, es sei denn die Abberufung. Die Erziehungsdirektion erklärte jedoch, sie würde die Vorschriften des Primarschulgesetzes sinngemäß zur Anwendung bringen und gestützt darauf die Weiterausübung des Amtes durch den Lehrer verbieten. Im weitern wurde ein Abberufungsverfahren in Aussicht gestellt.

Der Fall wurde dann durch eine Kompromisslösung mit Hilfe des Lehrervereins erledigt. Er zeigte aber, wie unsicher die Rechtslage in bezug auf die Amtseinstellung eines Mittellehrers heute noch ist; das neue Gesetz soll auch hier Klarheit schaffen.

In bezug auf die *Beendigung* des Dienstverhältnisses möchte ich noch einen speziellen Punkt hervorheben: das Verhältnis zur Lehrerversicherungskasse. Zwei Fälle sind hier besonders instruktiv:

Bei einem Primarlehrer entstanden geistige Störungen, unter deren Einfluss er der LVK schrieb, er trete aus dem Schuldienst aus. Die Direktion der LVK liess sich das nicht zweimal sagen und behandelte den betreffenden Lehrer als freiwillig aus dem Schuldienst tretend und zahlte ihm prompt seine eigenen Einzahlungen zurück. Die Kasse konnte erst bewogen werden, die Aus trittserklärung nicht zu berücksichtigen und den Lehrer in der Kasse zu behalten, als dieser in der Waldau interniert und seine Unzurechnungsfähigkeit ärztlich ein-

wandfrei festgestellt war; der Mann musste dann pensioniert werden.

Ein Primarlehrer an einem staatlichen Institut fühlte sich dort nicht wohl und demissionierte, wobei er den Vorsatz hatte, sich auf einem Spezialgebiet weiter auszubilden. Als die Kasse ihn etwas unbestimmt anfragte, wie es sich mit seiner Demission verhalte, erwähnte der Lehrer nun nichts von seiner Absicht, weiter zu studieren. Dies wurde von der Verwaltung der LVK ebenfalls als vorbehaltloser Austritt aus dem bernischen Schuldienst angesehen und die Auszahlung vorgenommen. Der betreffende Lehrer wandte sich an die Rekurskommission der LVK und hierauf an das Versicherungsgericht. Beide Instanzen erklärten jedoch, die Kasse habe zu Recht ihn als vorbehaltlos Ausscheidenden betrachtet. Das Versicherungsgericht betonte speziell, wenn ein Lehrer den Schuldienst vorübergehend zu Ausbildungszwecken verlassen wolle, müsse er dies sofort und deutlich der Lehrerversicherungskasse melden, wenn er eingestelltes Mitglied bleiben wolle.

Aus diesen und andern Fällen ergibt sich der dringende Rat, in der Korrespondenz (und in mündlichen Aeusserungen) stets sehr vorsichtig zu sein – ebenso vorsichtig wie etwa gegenüber den Steuerbehörden.

Die weitaus grösste Zahl der Fälle, mit welchen sich der Rechtsberater zu befassen hatte, betraf jedoch Streitfragen aus der *Amtsausübung*. Ich möchte hier einige, für die Praxis besonders wichtige Beispiele anbringen.

Es war öfters zu prüfen, in welchem Umfange ein Mittellehrer einer Nebenbeschäftigung obliegen dürfe. § 23 des Sekundarschulgesetzes bestimmt darüber, wenn ein Sekundarlehrer zu einem nicht obligatorischen Amte berufen werde, so habe er das dem Inspektor zuhanden der Erziehungsdirektion mitzuteilen, die dann entscheide, ob dieses Amt mit dem Schulamte vereinbar sei. Das Reglement von 1928 nahm diese Bestimmung auf, erweiterte sie jedoch erheblich über das Gesetz hinaus. Hier heisst es in § 22: « Die Lehrer sind gehalten, der Schulkommission Anzeige zu machen, wenn sie zu einem nicht obligatorischen Amte berufen werden oder sonst einen Nebenberuf betreiben. Nebenbeschäftigungen, welche die Schule oder das Ansehen des Lehrers beeinträchtigen, sind unzulässig. In strittigen Fällen entscheidet die Erziehungsdirektion. »

Es fällt auf, dass das Reglement den Inspektor gar nicht erwähnt, und die Kompetenz zum Entscheid, ob ein Mittellehrer ein nicht obligatorisches Amt übernehmen dürfe, der *Schulkommission* zuweist. Das Gesetz enthält keine Erwähnung von « Nebenbeschäftigungen », das Reglement hat diese Vorschrift über das Gesetz hinaus aufgestellt.

Die Praxis hat nun aber – Gesetz hin oder her – sich auf den Wortlaut des Reglements gestützt. Im neuen Mittelschulgesetz sind die Vorschriften ähnlich wie im Reglement formuliert.

Besonders heikle und für die Lehrerschaft schwerwiegende Fragen ergeben sich aus der *Verantwortlichkeit des Lehrers für Gesundheit und Leben seiner Schüler*. Ich möchte diesen Fragenkomplex anhand eines Ihnen wohl allen aus der Tagespresse bekannten Falles beleuchten. Ein Lehrer machte mit seiner Schulkasse eine Exkur-

sion der Aare entlang. Er liess die Kinder in der Aare die Füsse waschen, wobei er bestimmte Weisungen gab, wo sich die Kinder aufhalten sollten. Ein Mädchen kümmerte sich nicht um diese Weisung, setzte sich an einen tatsächlich gefährlichen Platz, rutschte in die Aare und ertrank. Der Lehrer wurde wegen fahrlässiger Tötung angeklagt. Sowohl der erstinstanzliche Richter wie die II. Strafkammer des Obergerichtes erklärten den Lehrer schuldig der fahrlässigen Tötung und verurteilten ihn zu 20 Tagen Gefängnis mit zweijähriger Probezeit. Die Haftpflichtversicherung des Lehrervereins richtete den Eltern des ertrunkenen Kindes – fast gegen den Willen des Lehrers und meine eigene Auffassung – eine Gesamtentschädigung von rund Fr. 12 000.— aus.

Die schriftliche Urteilsbegründung des Obergerichts liegt noch nicht vor; ich halte mich deshalb an die mündlichen Ausführungen des Präsidenten der Strafkammer, die vielleicht in den schriftlichen Urteilsmotiven in der einen oder andern Richtung präzisiert oder anders formuliert sein werden. Als Hauptgrundsatz stellte die Strafkammer auf: Die Schulkinder sind während des Schulunterrichtes dem Lehrer anvertraut. Er ist verantwortlich dafür, dass für sie keine Gefahr, keine gefährliche Situation geschaffen wird. Das Interesse der Eltern an der Unversehrtheit ihrer Kinder geht jedem Interesse des Lehrers vor. Der Lehrer muss stets bedenken, dass Kinder oft sorglos, gedankenlos und undiszipliniert sind; er darf sich nicht darauf verlassen, dass erteilte Befehle und Weisungen stets befolgt werden. Es genügt deshalb nicht, dass ein Lehrer seinen Schulkindern – wie im konkreten Falle – verbietet, ihre Füsse an einer bestimmten Flussstelle zu waschen. Er ist vielmehr verpflichtet, zu kontrollieren, dass sein Befehl eingehalten wird. Tut er dies nicht, so begeht er eine strafbare Nachlässigkeit.

Das Obergericht verwies nachdrücklich auf ein bundesgerichtliches Urteil, das allerdings bei den meisten Juristen Kopfschütteln verursacht hatte. Der Fall lag damals folgendermassen: Bei Bauarbeiten am Kraftwerk Oberhasli hatte ein Vorarbeiter den ihm unterstellten Arbeitern streng verboten, einen bestimmten Weg zur Baustelle zu benützen, da dieser von Lawinen gefährdet war. Dieses Verbot wurde von einem mehrjährigen Arbeiter missachtet und der Zufall wollte es, dass er in eine Lawine geriet. Der Vorarbeiter wurde wegen fahrlässiger Tötung verurteilt. Die Begründung lautete kurz dahin, es genüge nicht, Befehle zu erteilen; es sei Pflicht eines Vorarbeiters, zu kontrollieren, dass sie auch befolgt würden. Das Obergericht folgerte aus diesem Urteil, wenn nach bundesgerichtlicher Praxis sogar Befehle an Mehrjährige kontrolliert werden müssten, so sei noch vielmehr Grund vorhanden, einem Lehrer zuzumuten, die Ausführung seiner Weisungen bei zehnjährigen Schulkindern zu beobachten.

Ich hatte in meiner Verteidigungsrede auf die Konsequenzen dieser Auffassung hingewiesen und bemerkt, dass bei Bestätigung einer solchen Rechtsauffassung kein Lehrer mehr mit ruhigem Gewissen mit seinen Schülern eine Schulreise machen dürfe. Das Obergericht bedeutete mir aber, auf Schulreisen müsse der Lehrer eben doppelt aufpassen und zweckmäßig noch einen andern Erwachsenen mitnehmen. Immerhin wurde

dann auch wieder vom Gericht erklärt, dass man die Anforderungen an einen Lehrer nicht überspannen dürfe. Schulausflüge, speziell naturgeschichtliche Exkursionen, seien sehr empfehlenswert. Wichtig sei nur, dass der Lehrer die Kinder nicht an gefährliche Stellen führe, und wenn dies je geschehen sollte, dass er genaue Kontrolle ausübe, dass seine Befehle befolgt würden.

Zur etwelchen Beruhigung der Lehrerschaft möchte ich ein anderes Urteil des Bundesgerichts – ebenfalls aus jüngster Zeit – erwähnen.

Im Wallis machte eine Lehrschwester mit 30 acht- bis dreizehnjährigen Kindern einen harmlosen Ausflug über Wiesen und Weiden. Unterwegs verliess die Lehrerin die Kinder für etwa 20 Minuten, um in einem am Wege stehenden Chalet eine Besorgung zu machen. Sie befahl den Kindern, noch eine Strecke weiter zu gehen und dann auf sie zu warten. Während der Abwesenheit der Lehrerin gerieten zwei Buben in Streit; der eine verletzte den andern mit einem Baumzweig derart, dass dieser ein Auge verlor. Die Eltern des Kindes klagten die Schule und die Lehrerin auf Schadenersatz ein. Das Bundesgericht führte darüber aus:

« Streiten lässt sich einzigt darüber, ob ein Verstoss gegen die durch ZGB 333 statuierte Aufsichtspflicht darin zu erblicken sei, dass Schwester M. die Kinder nach 10 Minuten verliess, um im Chalet etwas zu holen, nachdem sie ihnen befohlen hatte, bis zu einem bestimmten Orte weiterzugehen und dort zu warten. Dieses Verhalten lässt sich indessen von vorneherein nicht etwa wegen im Temperament oder Vorleben von G. oder F. liegender Umstände als fehlerhaft bezeichnen; denn es steht wie gesagt fest, dass G. und F. artige Kinder waren. Als für den Prozessausgang entscheidend kann aber auch nicht die Tatsache angesehen werden, dass der Zank darauf zurückging, dass G. dem F. seinen Platz in der Marschkolonne hatte wegnehmen wollen; denn es ist bekannt, dass es wenig braucht, um zwischen Kindern Streit hervorzurufen, und die Gefahr eines Zanks wäre wahrscheinlich nicht geringer gewesen, wenn die Schwester den Kindern befohlen hätte, dort auf sie zu warten, wo sie sie verlassen hatte. Folglich kann man sich höchstens fragen, ob ihr ein Vorwurf daraus zu machen sei, dass sie die Kinder 20 Minuten allein liess.

Es ist wohl möglich, dass der Unfall hätte vermieden werden können, wenn Schwester M. bei den Kindern geblieben wäre. Die Frage ist jedoch nicht, ob der Unfall in ihrer Gegenwart geschehen wäre oder nicht, sondern ob die Tatsache, dass sie die Kinder verliess, als ein Verstoss gegen die Pflichten anzusehen sei, die ZGB 333 ihr auferlegte. Das ist zu verneinen. Da der Ort, wo sie die Kinder verlassen hatte, und der Weg, dem sie zu folgen hatten, nicht die geringste Gefahr boten, und weder der Charakter noch das Vorleben von G. und F. bis dahin besondere Vorsichtsmassnahmen ihnen gegenüber hatten als notwendig erscheinen lassen, hatte Schwester M. einzigt mit der Gefahr zu rechnen, dass die Kinder, sich selbst überlassen, in Streit geraten könnten. Diese Gefahr ist indessen sozusagen unvermeidlich, wo Kinder beisammen sind, und wäre nicht geringer gewesen, wenn die Kinder in der Umgebung des Chalets beim Spiel geblieben wären. Dort hätten sie sich genau so gut zusammengesetzt, wie G. und F. es getan haben. In diesem

Falle aber könnte den Nonnen sicher nicht Nachlässigkeit im Sinne von ZGB 333 vorgeworfen werden, weil sie die Kinder während 20 Minuten ohne Aufsicht liessen.»

Mit der Frage der Verantwortlichkeit verwandt ist diejenige, ob ein Lehrer berechtigt oder gar verpflichtet sei, *Untersuchungsmassnahmen* zu treffen, wenn einer seiner Schüler etwas Strafbares begangen hat. Diese Frage muss man grundsätzlich verneinen. Der Lehrer ist nicht Untersuchungsrichter oder Jugandanwalt. Gelangt einem Lehrer zur Kenntnis, dass ein Schüler eine strafbare Handlung begangen haben könnte – ich denke dabei speziell auch an sittliche Verfehlungen –, so tut er gut, dies dem Jugandanwalt zu melden, wobei er sich jedoch sehr hüten muss, diesem gegenüber schon bestimmte Anklagen zu formulieren. Es empfiehlt sich, etwa zu melden, es gehe das Gerücht, es werde behauptet, dass dies und jenes passiert sei, und man halte sich für verpflichtet, dem Jugandanwalt dies zu melden. Ich habe es erlebt, dass ein sehr pflichtbewusster Lehrer von sich aus in einer Sittlichkeitsaffäre Abhörungen wie ein Jugandanwalt vornahm. Die Folge war, dass nicht nur der Jugandanwalt dies als Einmischung in sein Amt empfand, sondern die Bevölkerung über den Lehrer sehr aufgebracht wurde, so dass sogar seine Wiederwahl gefährdet war.

Anders verhält es sich, wenn ein Schüler aus Unachtsamkeit oder Fahrlässigkeit eine kleine Sachbeschädigung verübt oder einen Kameraden verletzt. Hier hat der Lehrer ohne weiteres die Befugnis, den Sachverhalt abzuklären und Ordnung zu schaffen. Doch muss auch hier eine Reserve angebracht werden. Einem Lehrer war gemeldet worden, dass zwei seiner Schüler kleinere Kameraden belästigten. Um ein Exempel zu statuieren, verabfolgte der Lehrer den betreffenden Schülern einige Schläge. Die Folge war eine Strafanzeige; der Lehrer wurde wegen Tätlichkeiten verurteilt. Ich habe damals diesem Lehrer dringend empfohlen, sich in solchen Fällen nicht mehr als Richter aufzuspielen, sondern auch hier entweder den Jugandanwalt oder die Schulkommission zu benachrichtigen.

Nicht selten hatte ich mich auch über die Zulässigkeit der *Körperstrafen* zu äussern oder Lehrer, die Körperstrafen verabfolgt hatten, vor Gericht zu vertreten. In einem Gutachten an den Lehrerverein habe ich die Rechtslage genau auseinandergesetzt. Ich resümire hier daraus: Körperstrafen sind nach der im Kanton Bern geltenden Gesetzgebung unzulässig. Es gibt gewisse Kantone, wie z. B. Luzern, welche in beschränktem Umfange Körperstrafen gestatten. Dabei vermute ich aber sehr, dass, wenn der Vater eines derart bestraften Kindes eine Strafklage gegen den Lehrer machen und dieser von den luzernischen Gerichten freigesprochen würde, das Bundesgericht die Verurteilung verfügte. Das Bundesgericht könnte nämlich sehr gut sagen, das eidgenössische Strafgesetzbuch kenne die Zulässigkeit der Körperstrafen nicht und die Kantone seien nicht befugt, Bundesrecht abzuändern. Solche Entscheidungen des Bundesgerichtes sind schon verschiedentlich auf andern Gebieten ergangen.

Körperstrafen stellen in der Regel einfache Tätlichkeiten – wie der gesetzliche Ausdruck lautet – dar und sind

nur auf Antrag strafbar. Es gilt hier also der Satz: Wo kein Kläger ist, ist auch kein Richter.

Nebenbei bemerkt, ist auch in Deutschland – jedenfalls der deutschen Bundesrepublik – die Körperstrafe nicht zulässig. Vor einiger Zeit erliess der Verband der Lehrer und Erzieher von West-Berlin in dortigen Zeitschriften einen Aufruf an die Eltern. Es wurde darin mitgeteilt, ein Lehrer habe einem bösartigen Schüler, welcher den Unterricht beständig störte und seine Kameraden plagte, eine Ohrfeige versetzt. Der Staatsanwalt sei von Amtes wegen eingeschritten und habe Verurteilung des Lehrers zu einer Busse von 30 DM und Eintrag ins Strafregister erwirkt. Es wird dann gefragt, wie sich die Eltern zu einer solchen Gerichtspraxis stellen. Ich nehme allerdings an, dass die deutschen Strafbehörden von ihrer strengen Praxis nicht abweichen werden.

Sehr ernst und schwerwiegend sind jeweils Fälle, wo ein Lehrer beschuldigt wird, mit den Schulkindern irgendwie unsittliche Handlungen begangen zu haben. Es ist Ihnen allen, noch viel besser als mir, bekannt, wie unzuverlässig, ja gefährlich, die Aussagen von Kindern sind, wenn es sich um Sexualdelikte handelt. Im Berner Schulblatt vom 27. August dieses Jahres ist ein instruktiver Artikel über dieses Thema erschienen; ich habe dem nichts weiter beizufügen, als dass es eine ganze Literatur über dieses Thema gibt.

Herr Lehrersekretär Otto Graf pflegte jungen Lehrern oft zu sagen: « Wenn Ihr Euch neben ein Mädchen des 6. bis 9. Schuljahres setzt, um ihm im Heft etwas zu korrigieren, so schreibt Ihr damit gleichzeitig Eure Vorladung vor den Untersuchungsrichter! »

Einer der lehrreichsten Fälle, den ich erlebte, war folgender:

Von einem Primarlehrer ging das Gerücht, er habe sich mit Schulknaben vergangen. Es gab eine Strafanzeige durch den Landjäger, und der Lehrer erhielt den Rechtsschutz, da die Anklage von allen Leuten, die ihn kannten, als unsinnig erachtet wurde. Ich ersuchte hierauf sofort den Untersuchungsrichter, zu den Abhörungen der Kinder Herrn Dr. Hegg von der Schuldirektion Bern beizuziehen, da ich den Eindruck habe, es sei wichtig, die Kinder auf ihre Glaubwürdigkeit zu prüfen. Der Untersuchungsrichter schickte mir mein Gesuch mit der Bemerkung zurück: « Ich bin seit Jahren Untersuchungsrichter und weiss selber, was ich zu tun habe. » Ungefähr einen Monat später erschien dieser Untersuchungsrichter von sich aus auf meinem Bureau, entschuldigte sich wegen seines Briefes und bat mich um Rat, was er machen solle. Er habe jetzt 40 Schüler abgehört, wovon ungefähr die Hälfte den Lehrer beschuldigte, während die andern nichts beobachtet haben wollten, trotzdem sie es den gegebenen Verhältnissen nach unbedingt hätten merken sollen, wenn etwas geschehen wäre. Ich riet dem Untersuchungsrichter nochmals, Herrn Dr. Hegg beizuziehen und die Abhörungen durch diesen völlig neu durchführen zu lassen. Das Resultat war: Ein schwachbegabter, zurückgebliebener Schüler hatte aus Rache gegenüber dem Lehrer das Gerücht aufgebracht. Eine grosse Anzahl Mitschüler sagte die Beschuldigung gedankenlos nach, selbst vor dem Untersuchungsrichter. Das Strafverfahren wurde sofort eingestellt.

Dies ist bei weitem nicht der einzige Fall, wo vollständig unbegründete Beschuldigungen von Kindern gegenüber Lehrern erhoben wurden. In vielen – ja den meisten Fällen, wo leider die Anklagen nicht unbegründet waren, erfolgten wesentliche Übertreibungen.

Als eine ganz sichere Erfahrungstatsache möchte ich hier bemerken, dass jeder Lehrer, gegen den unbegründete Verdächtigungen auf diesem Gebiet erhoben werden, sofort einschreiten muss. Erhält er keine aussergerichtliche schriftliche Satisfaktion, so muss er Strafanzeige wegen Verleumdung einreichen. Vor einigen Jahren hat das Obergericht ausdrücklich erklärt, wenn ein Lehrer wegen Sittlichkeitsdelikten beschuldigt werde und nicht dagegen reagiere, so müsse dies grundsätzlich als Geständnis der Schuld betrachtet werden.

Im Gegensatz dazu muss der Rechtsberater gelegentlich Lehrer von der Einreichung einer Strafanzeige wegen *Ehrverletzung* abhalten, weil die ihm unterbreiteten Tatbestände nach der neuen Praxis des Bundesgerichtes nicht mehr als Ehrverletzungen betrachtet werden. Eine Ehrverletzung liegt nach bundesgerichtlicher Praxis nur vor, wenn jemand eines moralisch verwerflichen Verhaltens beschuldigt, wenn er als Mensch, nicht als Berufsmann, herabgesetzt wird, wenn die persönliche Ehre, der Charakter, angegriffen werden. Geht die Beschuldigung jedoch dahin, der Angegriffene versehe sein Amt nicht richtig, verstehe es nicht, sei nicht fähig und ähnliches, so ist dies keine Ehrverletzung. Ja sogar der Vorwurf, jemand sei nervenkrank und sollte einen Psychiater konsultieren, ist nicht ehrverletzend. Ich will in diesem Zusammenhange noch folgendes Beispiel aus der Praxis erwähnen: Einem Primarlehrer war vorgeworfen worden, er lebe grossartig, besitze ein eigenes Haus, unterlasse aber, seiner hochbetagten armen Tante das Darlehen zurückzuerstatten oder auch nur zu verzinsen, das er vor vielen Jahren für sein Lehrerstudium von dieser erhalten habe. Tatsache war nun, dass der betreffende Lehrer von dieser alten Tante nie etwas erhalten hatte. Der erstinstanzliche Richter erklärte den erwähnten Vorwurf als ehrverletzend und verurteilte den Täter zu einer Busse. Das Obergericht und das Bundesgericht sprachen ihn frei mit der Begründung, es sei auch für einen Lehrer nicht ehrverletzend, wenn man von ihm sage, er bezahle seine Schulden nicht. Es sei nicht einmal ehrverletzend zu behaupten, ein Lehrer habe Schulden, wenn es in Wirklichkeit gar nicht stimme; die persönliche Ehre werde dadurch nicht berührt.

Nicht selten hat sich der Rechtsberater auch mit dem *Beschwerdewesen* zu befassen. Hier ist die Praxis nun ganz feststehend:

Wenn gegen einen Lehrer, sei es von Eltern oder von anderer Seite, Beschwerde geführt wird, so muss die Beschwerde dem Lehrer voll und ganz zur Kenntnis gebracht werden. Es gibt gelegentlich noch Schulkommissionen, welche eine gewisse Geheimnistuerei mit solchen Beschwerden treiben wollen; aber der Lehrer besitzt einen absoluten Rechtsanspruch, die Beschwerde vollinhaltlich zu kennen. Nur diese Kenntnis gibt ihm dann auch die Möglichkeit, sich zu verteidigen. In diesem Zusammenhang möchte ich auch bemerken, dass ich stets die These vertrete, dass die Schulkommissionen

keine « Geheimprotokolle » führen dürfen. Wenn auch ein Lehrer bei Behandlung von Angelegenheiten, die ihn persönlich berühren, den Austritt nehmen muss, so hat er doch nachträglich das Recht, in das Protokoll Einsicht zu nehmen.

Zum Schlusse möchte ich noch auf etwas *allgemein Gültiges* hinweisen: In meiner ganzen Tätigkeit als Rechtsberater des Lehrervereins habe ich immer wieder festgestellt, wie wichtig, ja oft ausschlaggebend die Unterstützung des Vereins war. In halbamtlicher Eigenschaft habe ich Einblick in grössere, umfassendere Berufsverbände als es der Lehrerverein ist, aber *ich habe nirgends ein so treues Einstehen für ein Einzelmitglied gefunden wie beim BLV. Ihr Verein bedeutet in jedem Fall einen starken Rückhalt für das rechtsuchende Mitglied.* Selbst wenn es in einem konkreten Falle zu Unrecht unterliegen musste, konnte ihm das Einstehen des Vereins darüber hinweghelfen.

Und diese sichere *Treue* werte ich *höher* als das oft so unsichere *Recht*, wie ich es Ihnen aus meinen Erfahrungen als Rechtsberater der bernischen Lehrerschaft geschildert habe.

Mitarbeit der Frau in den bernischen Gemeinden

Die Schnecke der Saffa vom Jahre 1928 ist im Angriff. Im Kanton Bern streckte sie 1953 ihre Hörner vor und reichte ein von 33 655 Stimmberechtigten unterzeichnetes Volksbegehren zugunsten des Frauenstimm- und Wahlrechts in den Gemeinden ein. Der Grossen Rat bremste den Vormarsch, indem er die Heranziehung der Frau zur politischen Mitverantwortung den Gemeinden nicht aufzwingen, sondern ermöglichen, ihre Mitarbeit nicht befehlen, sondern empfehlen möchte. Das ist echt bernisch, und die Frauen tun gut daran, im Tempo des Bernermarsches ins Glied zu treten. Um so froher wird die Fahrt werden.

Nachdem schon im 19. Jahrhundert Frauen in den bernischen Gemeinden mehrere Jahrzehnte lang stimmberechtigt gewesen waren, erwarben sie sich vor allem in den Notzeiten des 20. durch die Bewältigung lebenswichtiger öffentlicher Aufgaben und die Stärkung der Wehrbereitschaft des Landes erst recht den Anspruch auf Gleichberechtigung. Er wurde schrittweise anerkannt, im Kanton Bern vor allem auch im neuen Kirchengesetz von 1945 und in den Bestimmungen über die Wählbarkeit der Frauen in Gemeindekommissionen. Das stärkte ja nicht zuletzt auch ihren Einfluss im Schulwesen.

Wenn die öffentliche Schule zeigt, dass die Gemeinde eine vergrösserte Familie ist, so weist der notgedrungene Schulterschluss der Einwohner bei Katastrophen, wie etwa Überschwemmungen oder Seuchen, auf ihre Bedeutung als Schicksalsgemeinschaft. Dass der Frau auf solchem Boden ebensoviel Mitverantwortung zukommt wie dem Manne, dürfte heutzutage von niemandem mehr bestritten werden. Wenn deshalb die Frauen das Stimm- und Wahlrecht für die Erfüllung ihrer Pflichten und Aufgaben in der Gemeinde für nötig erachten, so darf es ihnen nicht weiter vorenthalten werden.

Es könnte eingewendet werden, der Weg zur Mitarbeit der Frau sei durch das Gemeindegesetz vom Jahre 1917 geöffnet worden, da es den Gemeinden gestatte, die Frauen wählbar zu erklären in die Schul-, Armen- und Gesundheitskommission einer Gemeinde. Das hat aber in den seither verflossenen vier Jahrzehnten nicht gerade weit geführt, sind doch beispielsweise die Frauen nur in 46 von 516 Schulkommissionen mit 90 Vertreterinnen gegenüber 3549 Männern zu finden. Es ist verständlich, dass sie deshalb nicht dauernd den Wählern und ihren Parteien auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sein möchten, wenn es darum geht, in den Gemeinden auch ihre Auffassung zur Geltung zu bringen. Gibt der Staat den Weg frei, so wird ihnen in den Gemeinden, in denen ihre Mitarbeit anerkannt und gewürdigt wird, das Stimmrecht gewährt werden.

Der Lehrerschaft braucht gewiss nicht ausführlich dargelegt zu werden, welch reiches, der weiblichen Wesensart entsprechendes Wirkungsfeld den Frauen in ländlichen und städtischen Gemeinden winkt. Gestehen wir es nur ganz offen ein, die Einrichtungen der vielen neuen Schulhäuser z. B. wären sicher da und dort sachdienlicher, den wechselnden Verhältnissen entsprechend elastischer und trotzdem nicht teurer geworden, wenn mehr Frauen in den Schul- und Baukommissionen hätten mitratzen können.

Die Gemeindeverwaltung vollzieht sich bei uns in den Formen des Parteistaates. Das hat seine guten Gründe und die grosse Mehrheit des Volkes will daran nicht rütteln. Da aber doch die Gemeinde in mancher Hinsicht noch einer grossen Familie gleicht, die in einem wirklichen Erlebnisbereich ein Ganzes bildet, wird die ausgleichende und vermittelnde Betätigung der Frau den Ertrag des Gemeindehaushaltes steigern und gerechter verteilen helfen. Auch der Schule wird dies zugute kommen und die Lehrerschaft wird in ihrer grossen Mehrheit mit Kraft und Überzeugung für die auf den 4. März hin dem Volksentscheid unterbreitete wirklich fortschrittliche Vorlage eintreten. -s

Berner Schulwarte

Ausstellung: *Mozart und seine Zeitgenossen*
29. Januar bis 24. März 1956

Zum 200. Geburtstag von Wolfgang Amadeus Mozart zeigt die Berner Schulwarte die Privatsammlung von Eugen Huber, Bern: Erst- und Frühdrucke, Bilder, Literatur. Geöffnet, Dienstag bis Sonntag von 10-12 und 14-17 Uhr. Montag geschlossen. Eintritt frei.

Eröffnung der Ausstellung: Sonntag, 29. Januar 1956, 10.30 Uhr im Vortragssaal der Schulwarte. Ausführende: Margaretha Vogt, Sopran, das Füri-Quartett, Eugen Huber, Klavier.

Im Rahmen der Ausstellung finden einige *Mozart Hauskonzerte* statt. Eintritt Fr. 1.50. Schüler und Studierende Fr. —.70:

Freitag, 3. Februar 1956, 20.15 Uhr. Hans Heinz Schneeberger, Violine; Gotthelf Kurth, Bariton; Eugen Huber, Klavier. Sonate in C-dur, K. V. 296; Lieder für Bariton; Sonate in Es-dur, K. V. 380. Anschliessend Führung durch die Ausstellung.

Stellungnahme zum Berner Grand Prix

Bern, den 14. Januar 1956

An die

Erziehungsdirektion des Kantons Bern
zuhanden des Regierungsrates
Münsterplatz 3a

Bern

Sehr geehrter Herr Erziehungsdirektor!

Sehr geehrte Herren Regierungsräte!

Die bernische Lehrerschaft sah sich seit Jahren beunruhigt durch den Widerspruch zwischen der Verpflichtung, Verkehrsunterricht zu erteilen, und der weiteren Durchführung des *Grand Prix-Rennens*. Der Kantonavorstand war in der Weiterleitung der vielen Stimmen ehrlicher Entrüstung zurückhaltend und beschränkte sich darauf, die Regierung auf die Dringlichkeit einer Überprüfung der ganzen Frage hinzuweisen.

Erst das Unglück in Le Mans hatte dann den Verzicht auf die Durchführung des letztjährigen Rennens zur Folge. Nun scheint ein grundsätzlicher und endgültiger Entscheid auf eidgenössischem und kantonalem Boden bevorzustehen. Dies legt uns die Verpflichtung auf, Ihnen rechtzeitig und in aller Offenheit mitzuteilen, dass ohne Zweifel die grosse Mehrheit der bernischen Lehrerschaft die weitere Durchführung von Grand Prix-Rennen als eine widersinnige, das Leben von Teilnehmern und Zuschauern, aber auch das gesunde sittliche Empfinden des Volkes gefährdende Massnahme verurteilen müsste.

Wir schliessen uns der grossen Zahl anderer Verbände und Vereinigungen, die mit Entschiedenheit sich gegen weitere derartige Veranstaltungen auflehnen, aus voller Überzeugung an. Wir sind gewiss, dass die grosse Mehrheit des Berner- und Schweizervolkes in dieser Frage einig ist, und bitten Sie inständig und besonders auch im Hinblick auf eine gesunde Entwicklung der heranwachsenden Jugend, keine Bewilligungen mehr zu erteilen für die Durchführung des Grand Prix-Rennens und ähnlicher Veranstaltungen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Für den Kantonavorstand des Bernischen Lehrervereins

Der Präsident: Indermühle Der Sekretär: Wyss

Schulfunksendungen

Erstes Datum : Jeweilen Morgensendung (10.20-10.50 Uhr)

Zweites Datum : Wiederholung am Nachmittag (14.30-15.00 Uhr)

2./8. Februar. *Die inneren Stimmen*. In einem Hörspiel schildert Dr. h. c. Hans Zulliger, Ittigen, die Gewissensnot eines Vierzehnjährigen, und zeigt den Jugendlichen (ab 7. Schuljahr), auf welche Weise man sich von einer Gewissensbelastung richtig befreit.

6./13. Februar. *Une visite*, nouvelle aventure de M. et Mme Brändli, Hörspiel für den Französischunterricht (ab 3. Französischjahr) von Walter Probst-Kaenzig, Basel. Es ist ein humorgewürztes, köstliches Spiel von einem Besuch in Genf, das originell in die französische Sprache einführt.

7./17. Februar. *Das Höllloch im Muotatal*. Dr. Alfred Bögli, Hitzkirch, wird von der Erforschung des Hölloches erzählen und damit Einblick geben in die grösste vermessene Höhle der Welt, ist doch darin bereits eine Ganglänge von 55 km erforscht (ab 6. Schuljahr).

VERSCHIEDENES

Zum Mozart-Jahr 1956 leistet auch der Lehrergesangverein Oberaargau seinen Beitrag unter der Leitung von Wilh. Schmid mit der Wiedergabe folgender Werke: Regina Coeli, Laudate Dominum, Requiem und Ave verum. Es wirken mit: Anne Schaad, Sopran, Kath. Marti, Alt, Casp. Sgier, Tenor, Felix Loeffel, Bass, Gerh. Äschbacher, Orgel, und das verstärkte Berner Kammerensemble. Das erste Konzert findet statt in der Kirche Langenthal (Vorverkauf Musikhaus Schneeberger), Samstag, 4. Februar, 20.30 Uhr; die Wiederholung Sonntag, 5. Februar, 15.30 Uhr, in der Kirche Herzogenbuchsee (Vorverkauf Papeterie Stauffiger).

W. G.

Kantonales Technikum Biel

Die Aufnahmeprüfungen für das Schuljahr 1956/57 werden zehn Wochen vor Beginn des Sommersemesters Montag, 13. und Dienstag, 14. Februar 1956 durchgeführt. Damit wird den Nichtaufgenommenen Gelegenheit geboten, sich rechtzeitig nach einer andern Möglichkeit zu beruflicher Ausbildung umzusehen. Beginn des neuen Schuljahres: 23. April 1956.

Berner Kunstmuseum*Mitte Januar bis Mitte März 1956*

Ausstellung der Stiftung und Sammlung Hermann und Margrit Rupf-Wirz: Derain, Gris, Léger, Braque, Picasso, Klee, Kandinsky, Roux, Masson, Laurens und andere.

BUCHBESPRECHUNG

R. A. Naef, Der Sternenhimmel 1956. Kleines astronomisches Jahrbuch für Sternfreunde. Sauerländer AG. Aarau. Fr. 6.95.

Kollegen, die die Himmelserscheinungen zu beobachten pflegen, werden etwas betrübt gewesen sein, dass sie das bewährte Büchlein von R. A. Naef nicht vor Weihnachten erhalten haben. Die leidige Verzögerung infolge Überlastung des Verlages liessen vielleicht beim einen oder andern Zweifel auftreten, ob das Büchlein für 1956 überhaupt noch erscheinen werde. Diese Zweifel sind nun zerstreut; das Büchlein ist erschienen und umfasst noch mehr als in früheren Jahren. Wir wollen hoffen, es werde auch das Wetter mehr Beobachtungen und einen vermehrten Gebrauch von Naefs «Sternenhimmel» ermöglichen als letztes Jahr.

Schilt

L'ECOLE BERNHOISE

*Chronique musicale***Wolfgang-Amédée Mozart: 1756–1791**

Il y a deux cents ans, le 27 janvier 1756, est né Mozart. On l'a souvent appelé l'« aristocrate », et nul musicien n'a mieux mérité ce titre.

Toute création artistique est l'expression de la personnalité de l'homme dans ce qu'elle a de plus caché, c'est l'expression de son génie. Mais comme celle de l'atome, la structure de la personnalité est fort complexe : le noyau s'y cache sous diverses écorces qu'il importe de connaître pour se faire une idée complète de l'homme. A vouloir expliquer l'œuvre d'un artiste par sa biographie, on s'enfonce bientôt dans l'impasse. Mais plus l'artiste est grand, plus grand est notre désir de connaître tout ce qui le concerne. Or Mozart est peut-être une des personnalités les plus énigmatiques de tous les temps.

Il faut se rappeler ce qu'était du temps de Mozart Salzbourg, devenue au XX^e siècle la Mecque des mélomanes. Au XVIII^e siècle c'était une affreuse petite ville, provinciale dans le pire sens du terme. Enfouie dans sa vallée, elle était virtuellement coupée du monde. Dépourvue d'industrie, manquant même de la traditionnelle garnison militaire, toute sa vie gravitait autour de la cour de l'archevêque grand électeur. Aussi n'est-il pas surprenant que l'atmosphère de jalouse, d'intrigues et de mesquinerie qui y régnait ait suscité chez Mozart, hypersensible à son entourage, un véritable délire de persécution; ce n'est que vers la fin de sa vie, une fois installé à Vienne, qu'il parvint à se libérer de sa méfiance maladive et de son amertume et qu'il trouva enfin un peu de paix.

De toutes les influences pernicieuses auxquelles il fut soumis, celle de son père fut probablement la pire et la plus profonde. Lui-même musicien de talent, Léopold Mozart sut découvrir très tôt le génie de son fils et l'éleva exclusivement en fonction de ce don extraordinaire. On peut considérer comme proprement criminelle la façon dont il commercialisa le talent précoce de Wolfgang et

celui de sa sœur. A peine apprirent-ils à lire et à écrire, jamais ils ne fréquentèrent l'école, jamais ils ne furent en contact avec des enfants de leur âge. Ils parcoururent l'Europe où ils furent fêtés et choyés par toute la «bonne société» de l'époque. Cette vie eut sur le développement physique de Mozart des conséquences désastreuses. Alors que ses parents, comme la plupart des habitants de la région de Salzbourg, étaient grands et forts, Wolfgang resta malingre et chétif, grosse tête sur un petit corps. Traînés de capitale en capitale, les enfants avaient à peine le temps de prendre leurs repas. Dès que la voiture s'arrêtait devant l'auberge, on déballait le clavecin et les enfants se mettaient immédiatement à répéter leur prochain concert. Un tel régime aurait pu miner chez Wolfgang la stabilité nécessaire à tout effort créateur sérieux. Et si par miracle il n'en fut rien, nul doute que la vie de Mozart en fut abrégée.

Il y a quelque chose de particulièrement déplaisant dans l'exploitation de l'enfant prodige, et l'on peut regretter que la célébrité de Mozart se confond trop souvent avec la légende de l'enfant musicien. Il convient de noter en effet que nombre de ses premières compositions, abondamment revues et corrigées par son père, n'ont aucune valeur. Mais il avait un immense talent. Doué d'une précision d'oreille extraordinaire il pouvait distinguer jusqu'au huitième de ton; remarquables aussi sa mémoire et sa rapidité de composition. Cependant tout ceci ne suffit pas à conquérir la gloire: le génie se cache au cœur du créateur et ne trouve son expression définitive qu'avec la maturité.

Plus tard le retour à Paris est cruel: Gluck règne et maître incontesté, Paris ne reconnaît pas Mozart. Amertume encore à Salzbourg où il rentre pour se porter au chevet de sa mère mourante. Il y vivra dans la domesticité du nouvel archevêque Collerado. Cet homme fermé à la musique, arrogant et prétentieux, ne le garde à sa solde que pour se conformer à la mode du jour. La protection des puissants n'est pas en soi dédaignable. Haydn et Beethoven eurent la chance de trouver chez

l'empereur et chez les Esterhazys des mécènes éclairés, aimables et compréhensifs. Mais l'archevêque de Salzbourg traita Mozart ignominieusement et finit par ordonner à son majordome de le jeter à la porte.

A 26 ans Mozart part pour Vienne. Assuré du soutien de l'empereur et de la noblesse, passablement heureux pour la première fois, il y restera jusqu'à la fin de ses jours. C'est durant cette période qu'il composa la plupart de ses chefs-d'œuvre : les symphonies en sol mineur et en ut majeur (« Jupiter »), le « Mariage de Figaro », « Don Juan », la « Flûte enchantée » et le « Requiem » qu'achèvera après sa mort son ami Süssmayer. Il mourut à 35 ans d'une crise d'urémie. On ignore où se trouve sa sépulture. Comme il l'avait demandé à son ami Albrechtsberger, Mozart eut l'enterrement des pauvres, et les quelques personnes qui se disposaient à accompagner sa dépouille furent dispersées par le violent orage qui éclata à ce moment. Le mystère qui a entouré la vie de Mozart continuait de planer sur sa mort.

Souvent le souvenir d'un grand musicien s'impose en une image claire. Beethoven est le héros qui, dans un hymne de gloire, triomphe de la douleur et des adversités ; César Franck rêve éternellement devant l'orgue de sainte Clotilde. Mais Mozart, lui, nous échappe, sa personnalité nous hante comme un éternel point d'interrogation. Pourtant nous connaissons les circonstances de sa vie ; nous n'ignorons rien de ses succès, nous savons qu'il n'épousa pas Eloïse, qu'il aimait, mais Constance, la sœur cadette ; son visage nous est familier et nous savons qui furent ses amis. Et cependant nous ne connaissons pas l'homme. C'est une personnalité instable, indécise, complexe. Amertume, extravagance (il avait la passion des montres en or), irresponsabilité, insensibilité (il composa un de ses plus gais quatuors pendant que sa femme accouchait dans d'affreuses douleurs), tout cela concourt à faire de lui un être étrange et contradictoire. Le livret de la « Flûte enchantée », unique opéra de Mozart en langue allemande, lui fut inspiré par un frère maçon et constitue une sorte de paraphrase du culte franc-maçon dont il était un adepte passionné. Les lettres fort impudiques qu'il adressait à sa cousine sont imprévisibles et totalement inattendues du « délicat » Mozart. Dans quelle mesure l'œuvre du compositeur reflète-t-elle donc la personnalité de l'homme ?

La deuxième moitié du XVIII^e siècle, au moins jusqu'en 1789, fut à divers égards l'époque de l'élégance et de la raison, et Mozart fut essentiellement un homme de son temps. Débarrassée progressivement du contrepoint excessif de Palestrina et de Lassus, la musique s'achemine, grâce à Monteverdi et à Sammartini, vers une forme supérieure qui trouve sa plus haute expression symphonique chez Philippe-Emmanuel Bach et dans le « style galant » – mélodie avec basse d'accompagnement – de Jean-Philippe Rameau. La comparaison entre Mozart et Haydn est inévitable. Le néophyte distingue mal ce qui les différencie, au moins dans les premières œuvres de Wolfgang, et ceci parce que, à peu de choses près, ils utilisent le même langage musical. Et pourtant il sont très différents. Alors que Haydn manquait de tout sens scénique, les opéras de Mozart figurent parmi ses œuvres les plus remarquables. Les modulations de Mozart sont plus audacieuses, son orchestration plus

savante, à tel point qu'à la première audition « Così fan tutte » fut jugé lourd et bruyant. Les œuvres de Haydn et de Mozart exigent une interprétation très différente. Haydn est relativement aisé, Mozart est toujours difficile. Et un chef d'orchestre ne saurait diriger dans le même esprit une symphonie de Haydn et une symphonie de Mozart. Le traitement qu'on appliquerait avec succès à la « Chasse », par exemple, échouerait lamentablement avec les « Danses allemandes ».

La variété de Mozart est infinie ; que l'on compare l'extraordinaire entrée du commandant dans « Don Juan » au dernier mouvement du quintette pour clarinettes, simple et gai comme une berceuse. Compositeur d'une fertilité extraordinaire, Mozart est peut-être le seul dont on puisse dire qu'il plaît aux hommes de toutes les races et de tous les temps.

Peut-être sa personnalité demeure-t-elle étrange et contradictoire, mais l'œuvre qu'il nous a léguée est immortelle : coulée sonore d'une perfection aristocratique, dépassant l'œuvre de genre d'une époque séduisante, elle exercera toujours une influence profonde sur les hommes, dont elle ne cessera d'enrichir la vie.

(Informations Unesco)

Hugh Hare

Commission jurassienne des moyens d'enseignement

En 1955 cette commission a déployé une très grande activité. Certains de ses travaux ont pu être menés à chef, d'autres seront poursuivis.

Et nous pensons faire œuvre utile en renseignant nos collègues sur les points essentiels traités.

1. Le manuel d'histoire suisse du degré supérieur, réédité, est sorti de presse à la fin de l'été 1955. Dans un texte revu les faits saillants se détachent en caractères gras. L'illustration a été enrichie. Des cartes en couleurs complètent certains chapitres. Et la partie jurassienne, *Histoire de mon petit Pays*, a subi, elle aussi, bien des transformations.

2. Le livre de lecture pour la deuxième année sera un manuel entièrement nouveau, illustré en couleurs par S. Voisard, maître secondaire à Moutier. L'impression de la première épreuve a déjà commencé. Puisse ce manuel être disponible pour la nouvelle année scolaire.

3. Après une vaste enquête auprès du corps enseignant une réédition remaniée du livre de lecture de troisième année, *Rayons de Soleil*, a pu être envisagée. Cette réédition tiendra compte de vos critiques et propositions.

4. Nos deux délégués à la commission romande chargée de l'élaboration d'un nouveau manuel-atlas de géographie universelle ont suivi régulièrement les travaux de cette commission. Nous ne doutons pas que nos classes supérieures seront dotées prochainement d'un excellent instrument de travail.

5. La sous-commission désignée pour la mise en chantier d'un nouveau manuel de géographie pour l'étude du Jura et du canton de Berne a poussé activement ses travaux. Actuellement cette sous-commission a reçu de nouvelles directives.

6. Les remarques recueillies auprès des collègues qui enseignent en 4^e année ont permis à la Commission des moyens d'enseignement de discuter avec les auteurs de

Eléments de Géographie un projet de révision de cet ouvrage qui a donné, d'une manière générale, satisfaction à ceux qui l'employaient.

7. En 1955, notre commission a suivi constamment la question d'une édition française de l'atlas bernois. Aussi a-t-elle pris connaissance avec satisfaction du postulat Burkhalter et des décisions du Grand Conseil.

8. Quelques séries de fiches de calcul pour le degré moyen ont déjà été mises au point. Des questions de présentation n'ont pas permis leur diffusion en 1955. Actuellement nous avons pris contact avec M. Lüscher, instituteur à Eviard, auteur de fiches de calcul pour le degré supérieur. Notre collègue nous a soumis ses fiches. Et grâce à sa collaboration, il est probable qu'en 1956 nous pourrons mettre à la disposition du corps enseignant des fiches de calcul pour les classes allant de la 4^e à la 9^e année scolaire.

9. Le manuel d'arithmétique pour la 5^e année, réédité, a été modifié dans le sens des propositions recueillies.

10. La commission a finalement accepté le texte et l'illustration de ce petit manuel destiné aux écoles complémentaires qui a pour titre *Notions d'Instruction civique*, de notre collègue Bernardin Chappuis, de Moutier. Cet opuscule a été diffusé en automne 1955.

11. Une nouvelle série de croquis d'histoire et de géographie sera prochainement diffusée par la SPJ.

En conclusion la Commission des moyens d'enseignement tient à remercier le corps enseignant jurassien de sa collaboration aux enquêtes faites en 1955, et de ses observations, critiques et suggestions, qui permettront de mieux servir l'école en la dotant d'outils perfectionnés ou nouveaux.

H. B.

Prise de position au sujet du Grand Prix automobile de Berne

Le Comité cantonal de la SIB a pris récemment position au sujet du Grand Prix automobile de Berne, et a adressé à la Direction de l'instruction publique de notre canton la lettre suivante:

Berne, le 14 janvier 1956

A la Direction de l'instruction publique
du Canton de Berne, à l'intention du Conseil exécutif
Münsterplatz 3a

Berne

Monsieur le Directeur de l'Instruction publique,
Messieurs les Conseillers d'Etat,

Depuis de nombreuses années le corps enseignant bernois est inquiet parce qu'il voit une contradiction dans le fait que, d'une part, on exige de lui qu'il enseigne les règles de la circulation, et que, d'autre part, on admet que l'on continue à organiser le *Grand Prix automobile*. Le Comité cantonal, se faisant l'écho, non sans hésitation, de voix nombreuses et sincères, était déjà intervenu auprès du Gouvernement pour lui demander de reconstruire au plus vite toute la question.

Si l'on supprima les courses en question l'année dernière, ce fut en raison de la catastrophe du Mans. Aujourd'hui il semble qu'une décision de principe définitive va être prise à ce sujet sur le terrain fédéral comme sur le terrain cantonal. Aussi considérons-nous de notre devoir

de vous informer en toute sincérité, pendant qu'il en est encore temps, que la grande majorité du corps enseignant bernois pense que la réalisation des courses du Grand Prix doit être considérée comme un non-sens, et qu'il faut condamner cette manifestation qui met en danger la vie des participants et des spectateurs, et porte atteinte au sentiment moral du peuple.

Nous nous associons en toute connaissance de cause aux nombreuses sociétés et associations qui se sont prononcées énergiquement contre la répétition de telles manifestations. Nous sommes persuadés que la grande majorité du peuple bernois et de la population suisse pense comme nous en cette circonstance, et nous vous prions instamment – tout particulièrement par égard au sain développement de notre jeunesse – de ne plus accorder d'autorisation pour l'organisation des courses du Grand Prix et de manifestations analogues.

Veuillez agréer, Monsieur le Directeur et Messieurs les Conseillers d'Etat, l'assurance de notre haute considération.

Au nom du Comité cantonal
de la Société des instituteurs bernois
Le président: H. Indermühle Le secrétaire: Dr K. Wyss

Société pédagogique jurassienne

Résolution

(votée à l'unanimité à la séance du Comité général
du 23 juin 1955)

Le Comité général de la SPJ, réuni en assemblée le 23 juin 1955, après avoir entendu et discuté un rapport du directeur de l'Ecole normale des instituteurs, constate

- qu'une fois de plus se pose, pour cette institution, et avec une acuité particulière, *le problème des locaux*, et que le «corset qui la limite» est plus serré que jamais;
- que dans les conditions actuelles il est impossible à cette institution de se développer normalement:
- en s'adaptant mieux encore aux besoins nouveaux des temps actuels;
- en devenant *l'Institut pédagogique* ou le *Centre d'information* souhaité par le corps enseignant jurassien;
- que d'autre part ni l'acte de classification du 27 avril 1866, sanctionné par le Conseil exécutif le 1^{er} juin 1866, ni aucune des expertises subséquentes ne permettent d'établir à l'Ecole normale un droit de propriété, réelle et reconnue, sur le bâtiment qu'elle occupe partiellement depuis 118 années et qui, en tout temps, peut être réclamé par son légitime propriétaire selon l'inscription au registre foncier;

estime

- que le moment est venu de résoudre une fois pour toutes ces problèmes en mettant à disposition de l'Ecole normale, et dans le plus bref délai, locaux, installations et moyens nécessaires;
 - et que, pour réaliser pleinement et définitivement les légitimes aspirations de l'Ecole normale, il y a lieu d'envisager
- une construction nouvelle au siège de l'Ecole.*

Le Comité général de la SPJ fait confiance à la Direction de l'instruction publique et au Gouvernement pour que la solution de ces importants problèmes se fasse de manière à rassurer chacun sur le sort et l'évolution de nos établissements supérieurs d'instruction qui, tous, doivent pouvoir disposer pleinement de l'ensemble des moyens nécessaires à l'accomplissement de leur mission particulière.

Pour copie conforme, le secrétaire: *F. Joly*

N. B. Le procès verbal de la séance du 23 juin mentionnait que la résolution paraîtrait dans notre organe corporatif après qu'elle aurait été transmise à la Direction de l'instruction publique et au Secrétariat de la SIB.

A L'ETRANGER

France. *Formation accélérée d'instituteurs.* A titre transitoire et pour une période qui prendra fin au plus tard au terme de l'année scolaire 1959-1960, il est institué momentanément une formation professionnelle réduite à un an, qui se substitue à celle des élèves-maîtres présentement recrutés après le baccalauréat. A l'issue de cette année, ces élèves-maîtres recevront une délégation d'instituteur stagiaire et ils seront astreints, une autre année durant, à un complément de formation professionnelle, sous la forme de suppléances dirigées et de stages, dans des conditions qui seront fixées par arrêté.

Les étudiants «vieillissent». D'après les résultats d'une enquête effectuée par le Bureau universitaire de statistique, la proportion des étudiants âgés de moins de vingt ans s'est abaissée de 10,8 %, en 1951, à 8,7 % en 1954, et celle des jeunes gens de la tranche vingt-vingt-quatre ans, de 61,2 % à 56,4 %. Par contre, le pourcentage des étudiants âgés de vingt-cinq à vingt-neuf ans est passé de 21,6 % à 24,9 %, et celui des plus de trente ans, de 6,4 % à 10 %. Dans l'ensemble, l'âge moyen des étudiants, qui était en 1951 de vingt-deux ans et trois mois, s'élève, en 1954, à vingt-quatre ans et six mois. *BIE*

Etats-Unis. *Mères de famille et profession enseignante.* Pour lutter contre la pénurie des maîtres, le Collège d'Aurora, dans l'Etat de l'Illinois, a institué un certain nombre de cours destinés aux adultes gradués d'un collège universitaire, désireux de se préparer en vue du certificat d'aptitude à l'enseignement primaire. Les candidats répondant aux conditions requises, sauf en ce qui concerne la formation pédagogique, devront suivre environ huit heures de cours hebdomadaires d'octobre 1955 à juin 1956. Ces cours sont organisés par groupes de 25 à 30 participants; on s'efforcera de prendre en considération la maturité et l'expérience des candidats et d'organiser les horaires de façon à permettre à un grand nombre de mères d'enfants d'âge scolaire de se préparer à enseigner dans les écoles de leurs districts respectifs.

Ce que coûtent les illustrés pour enfants. Selon un rapport publié par l'Université de Californie, les journaux illustrés (*comic books*) sont vendus, aux Etats-Unis, à un billion d'exemplaires par année, cette vente représentant quatre fois le budget combiné des bibliothèques de l'ensemble du pays, et dépassant celle des manuels utilisés dans toutes les écoles primaires et secondaires des Etats-Unis.

Moins d'enfants victimes de la circulation. Tandis que le nombre des accidents de la circulation augmente sans cesse, les décès d'enfants de cinq à quatorze ans dus à un accident ont passé, de 1943 à 1953, de 30,3 à 21,4 pour 100 000, les décès dus au trafic routier passant de 11,5 à 7,1 par cent millions de milles parcourus. Les efforts de la Commission pour l'enseignement de la sécurité de la *National Education Association* ne sont pas étrangers à ces résultats. Crée en 1943, la

dite commission a édité et diffusé plus de trente publications, a convoqué des conférences nationales sur les transports d'élèves, sur l'éducation des conducteurs d'auto, etc. Elle vient de proposer d'inclure, à titre obligatoire, l'enseignement de la sécurité dans le programme de toutes les écoles: sécurité routière, sécurité aux abords de l'école, sécurité en cas d'incendie. *BIE*

DIVERS

Société jurassienne de travail manuel et de réforme scolaire.

Nous informons nos membres qu'ils sont convoqués en assemblée générale annuelle *samedi, le 4 février 1956, à 14 h. 15, à l'Hôtel Terminus* (salle du 1^{er} étage), à Delémont.

L'ordre du jour paraît en deuxième page de ce journal. Pour le programme d'activité de l'année 1956, les suggestions et propositions de nos membres seront les bienvenues.

Immédiatement après l'assemblée, nous aurons la primeur d'un film sonore que vient de réaliser M^{me} Hamaide en hommage au Dr Decroly, le grand pédagogue belge dont elle fut une collaboratrice dévouée. Ce film, intitulé «Enfants, heureux enfants», est un documentaire du plus haut intérêt que nous présentera notre collègue M. Sauvain, instituteur à Bienné.

Nous comptons sur une nombreuse participation.

Le Comité de la SJTMRS

BIBLIOGRAPHIE

Robert Junod, Floraison. Un volume de 180 pages, de 14×18,5 cm. Editions de la Baconnière (collection littéraire), Boudry/Neuchâtel. Fr. 5.50.

Sous ce titre « pacifique », l'auteur aborde en réalité un sujet brûlant, qui ne manquera pas de susciter la controverse. Partant d'une expérience personnelle, il s'attache à montrer que la religion chrétienne ne parvient pas à distinguer l'amour du prochain de l'idolâtrie envers le Tout-Puissant. Jouant, sans s'en rendre compte, sur les deux tableaux, elle n'est donc pas libératrice, mais demande, au contraire, à être elle-même libérée.

Le conflit spirituel qui oppose aujourd'hui le christianisme, ainsi que d'autres religions traditionnelles, à l'athéisme marxiste n'est pas sans issue. La foi chrétienne et la foi communiste se rencontrent au nom et dans la pratique de l'amour fraternel. Car seul cet amour est capable de tirer de l'âpre bourgeon humain une floraison. Seul l'amour fraternel manifestera notre condition divine que les violences de nos passions voilent provisoirement, mais qu'elles ne sauraient abolir. Elles l'annoncent, au contraire, comme les ombres, chez Platon, annoncent et préfigurent la lumière. Ce beau livre est écrit dans une langue remarquablement vive et claire. Il s'adresse à chacun.

Nouvelle publication des classiques universels par l'Unesco

Depuis 1948, l'Unesco s'efforce d'encourager la publication et la diffusion des œuvres représentatives du génie des différents peuples. D'abord limité aux traductions intéressant la langue arabe, ce travail s'est étendu progressivement aux littératures ibéro-américaines, persane, italienne, et à partir de 1952 aux autres littératures de l'Asie, particulièrement à celles de l'Inde, du Japon et de la Chine.

Afin de poursuivre ce programme avec la plus grande efficacité possible l'Unesco vient de faire appel à un comité d'experts que le Conseil international de la philosophie et des sciences humaines a réunis à Paris du 14 au 16 décembre. Ces spécialistes ont examiné les projets, et apporté leurs suggestions quant au choix des traducteurs et quant aux œuvres dont la publication semble la plus urgente.

C'est ainsi que pour les littératures ibéro-américaines les experts ont passé en revue 63 titres proposés par l'Organisation des Etats américains. Ils ont estimé qu'il importait de

donner la priorité aux livres les plus représentatifs de la vie latino-américaine tels que, par exemple: *Una Excursion a los Indios Ranqueles*, de l'Argentin Mansilla.

Dans le domaine de la littérature italienne, les mêmes experts ont recommandé la publication en français des œuvres de Jacopone da Todi, de Savonarole, de Michel-Ange, de Vasari, de Foscolo, de Leopardi et de Manzoni, dont les traductions ou bien n'existent pas ou ne se trouvent que difficilement dans le commerce.

Pour les littératures du Proche-Orient on envisage la publication d'une douzaine de nouvelles œuvres persanes et de vingt nouvelles œuvres arabes, dont plusieurs anthologies scientifiques, philosophiques, poétiques et mystiques. Plus de trente

MITTEILUNGEN DES SEKRETARIATES

Kantonalvorstand BLV. Sitzung vom 14. Januar 1956.

1. Die Verhandlungen mit den Behörden über das *Besoldungskrekt des Staatpersonals* und das *Lehrerbildungsgegesetz* gehen weiter. Der BLV unterstützt die Forderungen des Personals und hält für die Lehrerschaft an den Ansätzen des am 16. August 1956 eingereichten letzten Entwurfes fest. Alle Verbände werden dafür eintreten, dass der Grosse Rat die Besoldungsvorlagen vor der zweiten Lesung des Steuergesetzes in Beratung zieht.
2. Es ist, so weit es die Umstände erlaubten, dafür Sorge getragen worden, dass im Berner Schulblatt vor der Urabstimmung die verschiedenen Auffassungen zu den Vorschlägen auf **Abänderung einzelner Artikel der Statuten der BLVK** dargelegt werden konnten.
3. Der Kantonalvorstand hat Kenntnis genommen von den auseinandergehenden Ansichten zur **Rodelfrage**; er stellt fest, dass durch den Verzicht auf eine bindende Einführung des Tagebuches einer Verständigung nichts Wesentliches mehr im Wege zu stehen scheint. Die weitere Entwicklung wird im Auge behalten werden.
4. Dem Begehrn einzelner Sektionen und Mitglieder entsprechend, zog der Kantonalvorstand die **Bestimmungen der Statuten und des Geschäftsreglements über die Wahl des Zentralsekretärs** in Beratung. Da die Meinungen auseinandergehen, wurde die Beschlussfassung verschoben. Mehrere Mitglieder halten es überhaupt für nicht angezeigt, eine diesbezügliche Statutenänderung schon so bald nach der Durchführung einer Wahl in Erwägung zu ziehen und vor eine Urabstimmung zu bringen.
5. Die Schulkommission einer grossen Gemeinde bestellte zwölf Seminaristen, die sich auf Lehrstellen gemeldet hatten, zur Vorstellung. Mit dem Sektionsvorstand hält der Kantonalvorstand diese Art der Auslese nicht für besonders glücklich. Erneute Hinweise im Amtlichen Schulblatt auf eine richtige **Vorbereitung und Durchführung von Lehrerwahlen** dürften am Platze sein.
6. Ein Brief an die Erziehungsdirektion zuhanden der Regierung über die Auffassung der Lehrerschaft in Sachen **Grand Prix-Rennen** und ähnliche Veranstaltungen wird im Berner Schulblatt veröffentlicht. (Siehe S. 709 dieser Nr.)
7. **Ehrenmeldung:** Dem Hilfsfonds ist von der verstorbenen Kollegin *Frau Rosa Röhlisberger*, gewesene Lehrerin in Ried/Wesen, ein **Vermächtnis von 1500 Franken** für notleidende ältere Lehrkräfte zugekommen.
8. **Rechtsschutz:** a) Zwei *Haftpflichtfälle* wegen Überschreitens des Züchtigungsrechtes konnten aussergerichtlich erledigt werden. – b) In einem *Verleumdungsfall* wird eine entsprechende Erledigung empfohlen, ohne dass der eigentliche Rechtsschutz endgültig verweigert würde.
9. **Bewilligt:** a) Ein in Aussicht gestelltes *Darlehen auf Grundpfand* im Betrage von 20 000 Franken. – b) Ein *Sanierungsdarlehen* von 1000 Franken; gleicher Antrag an den SLV. Nächste Sitzung voraussichtlich am 25. Februar.

Die Ferien des Zentralsekretärs mussten verschoben werden, soweit möglich auf die Zeit vom 30. Januar bis und mit dem 7. Februar.

œuvres indiennes seront à traduire d'une quinzaine de langues: assamais, bengali, gujarati, hindi, kannada, kashmiri, malayalan, marathe, oriya, ourdou, punjabi, sindhi, tamoul, telougou, sans parler du sanscrit.

Pour le chinois, on envisage seize ouvrages de la littérature ancienne (romans, théâtre, poésie, philosophie, etc.) et trois anthologies d'écrivains contemporains: Lu-Hsün, Kuo mo-jo et divers auteurs de nouvelles.

Les lettres japonaises enfin seront représentées, en traductions françaises et anglaises, par une vingtaine d'œuvres, choisies parmi les principaux classiques du moyen âge à nos jours.

Trente volumes figurent maintenant dans la collection, et une soixantaine d'œuvres sont en cours de traduction. Unesco

COMMUNICATIONS DU SECRETARIAT

Comité cantonal de la SIB. Séance du 14 janvier 1956.

1. Les pourparlers avec les autorités concernant le *décret sur les traitements du personnel de l'Etat et la loi sur les traitements du corps enseignant* se poursuivent. La SIB appuie les revendications du personnel et maintient les montants prévus pour le corps enseignant dans le dernier projet présenté le 16 août 1956. Toutes les associations interviendront pour que le Grand Conseil aborde ces projets de lois sur les traitements avant la deuxième lecture de la loi d'impôts.
2. On a veillé, pour autant que les circonstances l'ont permis, à ce que les divers points de vue concernant les propositions de **modification de certains articles des statuts de la Caisse d'assurance** puissent être exposés dans l'*«Ecole bernoise»* avant la votation générale.
3. Le Comité cantonal prend connaissance des divergences qui ont surgi à propos du **projet d'un nouveau registre d'école**: il constate qu'en renonçant à l'introduction obligatoire du journal, le projet ne semble plus rencontrer d'obstacles. La question sera suivie.
4. A la demande de quelques sections et d'un certain nombre de membres, le Comité cantonal a ouvert un débat sur les **dispositions statutaires et réglementaires concernant l'élection du secrétaire central**. Les opinions étant divergentes, la décision a été ajournée. Plusieurs membres trouvent qu'il est prématûr d'envisager et de soumettre en votation générale une telle révision déjà au lendemain d'une élection.
5. Douze élèves de l'école normale qui avaient postulé des places ont été invités à se présenter à la commission d'école d'une grande commune. Le comité de la section tout comme le Comité cantonal ne trouvent pas cette manière de choisir particulièrement heureuse. De nouveaux appels dans la *«Feuille officielle scolaire»* en faveur d'une **préparation correcte des élections d'instituteurs** devraient être envisagés.
6. L'*«Ecole bernoise»* publiera une lettre adressée à la Direction de l'instruction publique à l'intention du gouvernement dans laquelle le corps enseignant donne son opinion sur la **course du Grand Prix automobile** et d'autres manifestations analogues (voir page 712 du présent numéro).
7. **Mention honorable:** Feu notre collègue *Mme Rosa Röhlisberger*, de son vivant institutrice à Ried/Wesen, a remis par testament au fonds de secours une somme de 1500 francs destinée aux enseignants âgés tombés dans le besoin.
8. **Assistance judiciaire:** a) Deux cas de *responsabilité civile* relatifs à l'abus des châtiments corporels ont été réglés hors des formes judiciaires. – b) Dans un *cas de diffamation*, on recommande l'arrangement, sans cependant que l'assistance judiciaire soit définitivement refusée.
9. **Ont été accordés:** a) un *prêt hypothécaire virtuel* d'un montant de 20 000 francs; b) un *prêt d'assainissement* de 1000 francs avec même proposition à la SSI.

Prochaine séance: probablement le 25 février.

Les vacances du secrétaire central annoncées dans le dernier numéro de l'*«Ecole bernoise»* ont dû être renvoyées. Elles sont fixées, sauf avis contraire, au 30 janvier jusqu'au 8 février.



Kantonales Technikum Biel

Die zweisprachige technische Fachschule

1. Technische Abteilungen

Maschinentechnik, Elektrotechnik, Bautechnik

2. Angegliederte Fachschulen

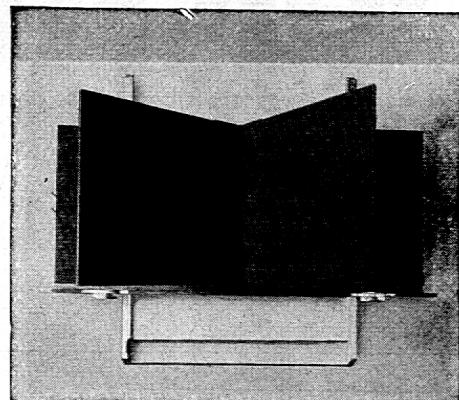
Präzisionsmechanik, Uhrmacherei (Techniker, Outilleurs, Rhabilleurs, Praktiker, Regleuses), Automobiltechnik, Kunstgewerbe, Verkehr und Verwaltung, Schweizer Holzfachschule (Sägerei, Zimmerei, Schreinerei). Modern eingerichtete, reichlich ausgestattete Lehrwerkstätten und Laboratorien.

Schuljahr 1956/57 Anmeldetermin: 1. Februar 1956

Aufnahmeprüfungen: 13. und 14. Februar 1956

Beginn des Sommer-Semesters: Montag, 23. April 1956

Anmeldeformular und Auskunft durch die Direktion



Alle Systeme Beratung kostenlos

gegründet 1911

Magazinweg 12 Telephon 2 25 33

F. Stucki, Bern Wandtafelfabrik

Schulblatt-Inserate

weisen Ihnen den Weg zum Fachgeschäft



Uhren jeder Art,
grösste Auswahl
am Platze



Reparaturen
aller Marken
zu Fabrik-
preisen;
schon
anderntags
zurück.

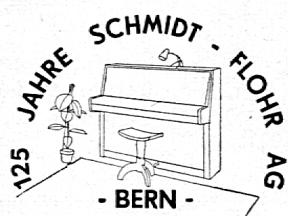
Electras, Bern
Theaterplatz 2
Telephon 20870

Schneideratelier

für Masskonfektion
Reparaturen und Umänderungen

FRITZ LEIBUNDGUT, BERN

Gerechtigkeitsgasse 49 • Telephon 3 92 25



SCHMIDT-FLOHR

Das Schweizer Klavier mit

WELTRUF

Verlangen Sie bitte den Sonderprospekt über das **Schul- und Volksklavier**, das sich in Schulen, Gemeindehäusern, wie im privaten Heim seit Jahren ausgezeichnet bewährt.

Pianofabrik

SCHMIDT-FLOHR

Bern

Pianos

An- und Verkauf

Stimmungen
Reparaturen
stets schöne Auswahl
an preiswerten Pianos.
Zahlungs-
erleichterung:
Miete - Kauf. Tausch-
gelegenheit
Pianohaus G. Heutschi
Indermühleweg 18
Bümpliz
Tel. 031 - 66 23 51

Spezialgeschäft für
Musik-Instrumente
Reparaturen-Miete



Bern, Marktgasse 8, Tel. 2 36 75

Haushaltungsschule Bern

der Sektion Bern des Schweizerischen
gemeinnützigen Frauenvereins,
Fischerweg 3

Sommerkurs

Beginn 1. Mai 1956, Dauer 6 Monate
Zweck der Schule ist: Ausbildung junger Mädchen zu tüchtigen, wirtschaftlich gebildeten Hausfrauen. Der Besuch dieser Kurse befreit von der obligatorischen Fortbildungsschulpflicht.

Tages-Kochkurse

Beginn: 20. Februar, 9. April, 22. Mai
Dauer 6 Wochen, je vormittags inklusive Nachmittagskurse (6 Lektionen) «Was die Hausfrau wissen muss».

Hauspflegerinnenkurs

Beginn: 3. April und 1. Oktober 1956
Dauer 1 Jahr (wovon 4 Monate im Internat und 8 Monate extern in Praktika). Mindesteintrittsalter 25 Jahre (bei triftigen Gründen werden Ausnahmen gemacht).

Auskunft und Prospekte durch die Vorsteherin:
Frl. Nyffeler, Telephon 031 - 2 24 40

